



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Chorherrengasse 17, 1701 Freiburg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/sk

An die bei der Staatskanzlei
akkreditierten Medien

Freiburg, den 15. März 2011

Medienmitteilung

Diskussion über neue Kernkraftwerke verschoben

Der Staatsrat versichert die Bevölkerung Japans seiner Solidarität angesichts der grossen tragischen Ereignisse und des unermesslichen Leids, das über sie gekommen ist. Gestützt auf den Beschluss von Bundesrätin Doris Leuthard, die Verfahren für die drei Gesuche um eine Rahmenbewilligung für den Ersatz von Kernkraftwerken zu sistieren, zieht der Staatsrat seinen Bericht zum Rahmenbewilligungsverfahren für neue Kernkraftwerke zurück. Er wird den Grossen Rat später über die Folge informieren, die er diesem Dossier zu geben gedenkt.

Der Staatsrat des Kantons Freiburg ist der Auffassung, dass das im Kanton laufende Verfahren zur Erneuerung von Kernkraftwerken in der Schweiz sistiert werden muss. Unter den gegebenen Umständen macht die Ausarbeitung einer Stellungnahme keinen Sinn. Daher zieht der Staatsrat seinen Bericht zum Rahmenbewilligungsverfahren für neue Kernkraftwerke gestützt auf den Artikel 196 des Grossratsgesetzes zurück. Die Beratung dieses Geschäfts, die auf der Tagesordnung der Grossratssitzung vom 23. März 2011 stand, wird dadurch gegenstandslos. Der Staatsrat wird den Grossen Rat über die Folge, die er diesem Geschäft zu geben gedenkt, informieren, wenn die Schlussfolgerungen des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats ENSI vorliegen und sich der Bund dazu geäussert hat.

An seiner Sitzung vom 15. Februar 2011 hatte der Staatsrat beschlossen, den Entwurf seiner Stellungnahme, die er zu Händen des Bundes zum Rahmenbewilligungsverfahren für neue Kernkraftwerke verfasst hatte, dem Grossen Rat zu unterbreiten. Nach den vom Erdbeben und vom Tsunami verursachten Schäden in japanischen Kernkraftwerken hat Bundesrätin Doris Leuthard gestern Montag entschieden, die drei Rahmenbewilligungsverfahren für neue Kernkraftwerke so lange zu sistieren, bis die Sicherheitsvorschriften sorgfältig überprüft und gegebenenfalls angepasst sind. Sie hat das ENSI beauftragt, die genauen Ursachen des Unfalls in Japan zu analysieren und die Folgerungen daraus zu ziehen, wobei es sich um strengere Vorschriften namentlich über die Erdbebensicherheit und die Kühlsysteme handeln kann.

Auskunft

Beat Vonlanthen, Staatsrat, Volkswirtschaftsdirektor, T +41 26 305 24 02, N +41 79 300 48 62, zwischen 15.30 Uhr und 16.30 Uhr